

Bundesamt für Energie  
3003 Bern  
Per E-Mail an: [energiestrategie@bfe.admin.ch](mailto:energiestrategie@bfe.admin.ch)

Luzern, 5. Mai 2017

**Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050:  
Vernehmlassungsverfahren zu den Änderungen auf Verordnungsstufe**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Einladung, an der externen Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen. Als bürgerliche Dachorganisation des preisgünstigen Wohnungsbaus vertreten wir die Interessen von rund 400 angeschlossenen Wohnbauträgern.

Wie im erläuternden Bericht zur Totalrevision der Energieverordnung im Rahmen des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050 festgehalten, fallen in der Schweiz rund 40 Prozent des Energieverbrauchs und rund ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Gebäudebereich an. Aus diesem Grund sind Baugenossenschaften bei der kommenden Umsetzung der Energiestrategie 2050 wichtige Ansprechpartner.

Unsere Mitglieder gelten als Vorreiter in Sachen Innovation, Gebäudeunterhalt sowie Nachhaltigkeit. Sie sind ein Vorzeigebispiel, dass der technische Fortschritt nicht primär durch Verbote und Regulatorien zu erreichen ist, sondern Innovationen aus eigenem Antrieb entstehen. Gute Rahmenbedingungen sowie entsprechende Anreize der öffentlichen Hand wirken dabei unterstützend.

## I. Allgemeine Beurteilung

Aus den genannten Gründen unterstützen wir die Stossrichtung der Energiestrategie 2050 und befürworten die vorliegende Umsetzung des ersten Massnahmenpakets im Grundsatz. Insbesondere bringt das neue Energiegesetz gegenüber den geltenden Bestimmungen eine verstärkt marktorientierte Förderung der erneuerbaren Energien, was unseres Erachtens ein wichtiges Element der Energiestrategie 2050 darstellt.

Die vorliegenden Änderungen auf Verordnungsstufe betreffen im Kern neuen Verordnungen. Die Umsetzung der verschiedenen, mit diesen Verordnungen verbundenen, Themenbereiche und Aufgaben (Herkunftsnachweise, Förderungselemente und Investitionsbeiträge) erscheint uns bei der Umsetzung für die Investoren sehr aufwendig und in der Anwendung eher unübersichtlich. Daher sehen wir es als geboten, nochmals intensiv zu prüfen, ob eine Vereinfachung dieser eng zusammenhängenden Elemente möglich ist.

Da die Baugenossenschaften primär durch die Totalrevision der Stromförderungs-, der Energie- sowie der Energieförderungsverordnung betroffen sind, beschränken wir uns bei der vorliegenden Stellungnahme auf diese drei Elemente des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050.

## II. Änderung der Energieförderungsverordnung (EnFV)

### ▪ **Einspeisevergütungssystem**

Mit dem neuen Energiegesetz wird die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) in ein Einspeisevergütungssystem mit Direktvermarktung umgestaltet. Diesen Schritt zu einem marktorientierten Vergütungssystem wird begrüsst. Nichtsdestotrotz muss bei der Umsetzung dieses Systems darauf geachtet werden, dass die Eintrittsschwellen für Marktteilnehmer gering gehalten und die Bedürfnisse der Baugenossenschaften als Immobilienanbieter Berücksichtigung finden werden.

### ▪ **Vergütungsansätze und Vergütungsdauer**

Dass die Vergütungsansätze für Photovoltaikanlagen sich gemäss Art. 22 Abs. 1 EnG neu an den Gestehungskosten orientieren und die entsprechenden Vergütungsansätze um rund 20 Prozent gekürzt werden, ist zwar aus Sicht der Baugenossenschaften als Investoren nicht zu begrüssen, entspricht jedoch angesichts der beschränkten Fördermittel in Verbindung mit dem grossen Kreis an neuen Photovoltaikprojekten ein Gebot der Stunde.

▪ **Wahlrecht bei Photovoltaikanlagen**

Das neue Wahlrecht bzw. die neue Zuteilung von Photovoltaikprojekten bezüglich der Einmalvergütung EIV und der Einspeisevergütung EVS ist wie folgt aufgegliedert:

- Anlagen mit einer Leistung von weniger als 100 kW: EIV
- Anlagen mit einer Leistung von 100 kW bis 50 MW: Wahlrecht zwischen EIV und EVS
- Anlagen mit einer Leistung von mehr als 50 MW: EVS

Die neue Gliederung stellt eine Vereinfachung des Systems bzw. dessen Umsetzung dar und ist zu begrüßen. Insbesondere die hohe Leistungsobergrenze von 50 MW stellt sicher, dass sämtliche heute denkbaren Photovoltaikanlagen ein Wahlrecht zwischen dem EIV und dem EVS besitzen.

▪ **Abbau der EVS-Wartelisten gemäss Art. 21 EnFV**

Dass aufgrund der beschränkten Mittel und dem auslaufenden EVS per Ende 2022 die bestehende Warteliste für Photovoltaikanlagen nicht vollständig abgebaut werden können, gibt zu denken. Hier werden offensichtlich gesprochene Zusicherungen gebrochen. Nichtsdestotrotz sprechen wir uns bei den vorgeschlagenen Varianten zum Abbau der Warteliste für die in Abs. 2 vorgeschlagene Variante A aus. Dies aus Gründen der Investitionssicherheit, da die im Rahmen von realisierten Photovoltaikanlagen bereits getätigten Investitionen zu schützen sind. Im Jahr 2013 wurde bereits kommuniziert, dass die vorhandenen Mittel höchstwahrscheinlich nicht ausreichen werden, um alle Projekte auf der EVS-Warteliste zu bedienen. In diesem Sinne konnte für Projekte, welche ab 2013 angemeldet bzw. ab 2014 in Betrieb genommen wurden, bereits damit gerechnet werden, dass diese ausschliesslich durch die EIV zu vergütet sind.

### III. Änderung der Energieverordnung (EnV)

▪ **Gebäudeprogramm**

Dass mit dem ersten Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 mehr Mittel aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe für das Gebäudeprogramm zur Verfügung stehen werden, ist zu begrüßen. Zusammen mit den nachfolgend behandelten steuerlichen Anreizen im Gebäudebereich stellen diese Fördermittel einen wirksamen Hebel in Bezug auf die dringend notwendigen energetischen Investitionen sowie die sparsame und effiziente Energienutzung in Gebäuden dar.

▪ **Steuerliche Anreize im Gebäudebereich**

Dass zukünftig einerseits die Rückbaukosten für einen Ersatzneubau steuerlich abzugsfähig sind und diese andererseits zusammen mit den energetischen Investitionskosten neu in den zwei nachfolgenden Steuerperioden berücksichtigt werden können, ist zu begrüßen. Damit wird die steuerliche Attraktivität von Gesamtanierungen, gerade im Vergleich zu den heute steuerlich attraktiveren Teilsanierungen, stark gesteigert.

▪ **Eigenverbrauch**

Die Umsetzung der von der Praxis geforderten Möglichkeit des Zusammenschlusses von Personen in einer gewissen räumlichen Nähe zur Erzeugungsanlage zu einer Eigenverbrauchsgemeinschaft unter Einbezug des öffentlichen Stromnetzes ist zu begrüßen. Damit werden zukünftig neue intelligente Gebäudelösungen und dezentrale Energiespeicher gefördert und durch die neu möglichen Zusammenschlüsse auch vermehrt nachgefragt.

▪ **Zusammenschluss mit Mieterinnen und Mietern**

Dass der Zusammenschluss von Mietern zu einer Eigenverbrauchsgemeinschaft nun mit dem Art. 17 EnG geregelt ist, entspricht einem praktischen Bedürfnis und ist zu befürworten. Gerade bei Baugenossenschaften hat die Frage des Einbezugs von Mietern in die Verbrauchsgemeinschaft immer wieder zu offenen Fragen geführt. Es gibt in diesem Zusammenhang jedoch keinen Grund, weshalb Mieterinnen und Mieter, welche im Zeitpunkt des Zusammenschlusses bereits einen Mietvertrag für die betreffende Liegenschaft besitzen, sich dem Zusammenschluss vorbehaltlos entziehen können. Sofern die Stromkosten innerhalb des Zusammenschlusses nicht höher liegen als die tatsächlichen Kosten, besteht kein Grund, diese Mieter gegenüber Neumietern zu bevorzugen. In diesem Sinne ist zu überprüfen, ob diese Ungleichbehandlung mit der nächsten Gesetzesrevision zu beheben ist.

Zu begrüßen ist jedoch, dass gemäss Art. 17 Abs. 5 EnV die Grundeigentümer in ihrer Rolle als Versorger der am Eigenverbrauch teilnehmenden Mieter und Pächter und in Abweichung zu den Vorschriften der StromVV weder die internen Stromtarife veröffentlichen, noch eine Kostenträgerrechnung führen müssen. Dies reduziert in der Praxis den administrativen Aufwand der entsprechenden Eigenverbrauchsgemeinschaften markant.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**WOHNEN SCHWEIZ-**  
**Verband der Baugenossenschaften**



Daniel Burri  
Präsident



Hanspeter Käppeli  
Geschäftsführer